

**Niederschrift**

| Gremium              | Sitzung - VW/Z011(IV)/06 |                |          |          |
|----------------------|--------------------------|----------------|----------|----------|
|                      | Wochentag,<br>Datum      | Ort            | Beginn   | Ende     |
| Verwaltungsausschuss | Freitag,<br>31.03.2006   | Hasselbachsaal | 15:00Uhr | 17:45Uhr |

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21. 01. 2006 sowie der Sondersitzungen des Verwaltungsausschusses vom 17. 02. 2006 und 03. 03. 2006
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg im "Freundeskreis Korvette Magdeburg"  
Vorlage: DS0041/06  
  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

5 Anträge

5.1 Eröffnung Weihnachtsmarkt

Vorlage: A0230/05

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

6 Informationen

6.1 Effektivere Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt

Vorlage: I0384/05

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

6.2 Haushalt 2006 - Gegenüberstellung der Veränderungen im Stellenplan

Vorlage: I0063/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

Die Abarbeitung der Tagesordnungspunkte erfolgt in der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Reihenfolge.

3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21. 01. 2006 sowie der Sondersitzungen des Verwaltungsausschusses vom 17. 02. 2006 und 03. 03. 2006
- 

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 20. 01. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 17. 02. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 03. 03. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

---

- 4.1. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg im "Freundeskreis Korvette Magdeburg"  
Vorlage: DS0041/06
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und der Leiter des FB 01 Herr Borchers teil.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich gegen eine Beschlussfassung zur Drucksache aus und begründet umfassend die ablehnende Haltung seiner Fraktion.

Zur Nachfrage des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, bezugnehmend auf die Regelung der Satzung hinsichtlich der Beitragszahlungen informiert der Beigeordnete I Herr Platz, dass es Philosophie des Vereins ist, die Mitgliederzahl so gering wie möglich zu halten. Wer den Verein unterstützen möchte, hat die Möglichkeit entsprechend der Satzung Mitglied zu werden. Korporative Mitglieder erbringen Beiträge z.B. im Rahmen von Sachleistungen, insofern sind hier keine finanziellen Beiträge zu entrichten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0041/06 in seiner Sitzung am 06. 04. 2006 zu beschließen.

## 5. Anträge

---

### 5.1. Eröffnung Weihnachtsmarkt Vorlage: A0230/05

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz, der Leiter des Fachbereiches 01 Herr Borchers sowie der Fachdienstleiter 32.2 Herr Harnisch teil.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne, bringt den Antrag ein und informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss RWB. Er stellt fest, dass das Ziel des Antrages eine Wertefeststellung sei.

In der sich anschließenden umfangreichen Diskussion legt Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, in Abwägung einzelner Aspekte seine Auffassung dar. Er spricht sich für den unterbreiteten Kompromissvorschlag der Verwaltung aus.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geht auf die Historie des Totensonntags ein und verweist darauf, dass dem Anliegen des Totensonntags durchaus Rechnung getragen werden sollte. Eine Verschiebung der Öffnung des Marktes führt für ihn jedoch dazu, dass Umsatzeinbußen für die Schausteller, die diesen Markt ausmachen, eintreten werden. Diese Schausteller sind aber darauf angewiesen, ein Maximum an Gewinn zu erzielen, um das Überleben ihres Gewerbes sichern zu können.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion Bfm/Tierschutz, sieht im Kompromissvorschlag der Verwaltung eine Lösungsmöglichkeit bis zum Jahr 2010 und spricht sich für die Eröffnung des Marktes wie in den vergangenen Jahren aus.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, sieht keinen großen Sinn in der geführten Diskussion und legt seine Auffassung dar, dass die Bürger für sich entscheiden müssen, ob und wann sie den Markt besuchen. Hier sollte der Stadtrat keine Regelung vornehmen.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, empfiehlt, keine Wertediskussion zu führen, und begründet seine Ablehnung zum vorgelegten Kompromissvorschlag.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, widerspricht der Auffassung des Stadtrates Müller und verweist darauf, dass es sich hierbei um eine wirtschaftliche Angelegenheit der Weihnachtsmarktgesellschaft handelt und somit eine Entscheidungskompetenz des Stadtrates gegeben sei. Er legt seine Zweifel an den von der IG Innenstadt vorgelegten Umsatzzahlen dar und argumentiert für die Durchsetzung des Kompromissvorschlages.

Abschließend führt der Beigeordnete I Herr Platz aus, dass die bisherige Struktur des Weihnachtsmarktes sich bewährt hat und nachweislich dazu beigetragen hat, auch die Besucherzahlen aus dem Umland zu erhöhen. Bezug nehmend auf den unterbreiteten Kompromissvorschlag erläutert er, dass hiermit versucht werden soll, die festgefahrenen Standpunkte zu lockern und den wirtschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen. Im Weiteren gibt er Erläuterungen hinsichtlich der im Kompromissvorschlag benannten Mindestdauer des Marktes.

Der Verwaltungsausschuss lehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung eine Beschlussfassung zum Antrag A0230/05 in der Sitzung des Stadtrates am 06. 04. 2006 ab.

## 6. Informationen

---

### 6.1. Effektivere Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt Vorlage: I0384/05

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen die Beigeordnete V Frau Bröcker sowie die kommissarische Leiterin des Amtes 50 Frau Borris teil.

In ihren einführenden Erläuterungen zur vorliegenden Information verweist die Beigeordnete V Frau Bröcker auf das Ergebnis des Prüfauftrages und legt dar, dass zum derzeitigen Zeitpunkt beide Gesellschaften AQB und GISE ihre Berechtigung haben. Begründbar ist dies mit den unterschiedlichen Profilen der Gesellschaft, die sich in ihren zu erbringenden Leistungen darstellen. Diese Leistungen liegen bei der GISE im gewerblichen Bereich sowie bei der AQB im sozialen Bereich. Hier ist es jedoch nicht immer möglich, eine Trennung vorzunehmen.

Es wird vorgeschlagen, nach einem Zeitraum von zwei Jahren nochmals Überlegungen dahingehend anzustellen, ob dann die erforderlichen Leistungen durch nur noch eine Gesellschaft erbracht werden können. Hierzu wäre insbesondere zu prüfen, ob interne Strukturen effektiver gestaltet werden können, insbesondere unter dem Aspekt verstärkter Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt.

Die vorliegende Information wurde auch im jeweiligen Verwaltungsrat der Gesellschaften behandelt.

In der sich anschließenden umfangreichen Diskussion hinterfragt Stadtrat Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne, mögliche Alternativen.

Hierzu führt die Beigeordnete V Frau Bröcker aus, dass es sinnvoll wäre, wenn beide Gesellschaften zusammen ihre Vermittlungsaktivitäten auf den 1. Arbeitsmarkt ausreichend koordinieren.

Bezugnehmend auf die Darstellung einer Steigerung der vermittelten Beschäftigten in den 1. Arbeitsmarkt von 2004 zu 2005 hinterfragt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, um welche Arbeitsplätze es sich hierbei handelt.

Da seitens der Beigeordneten V Frau Bröcker keine ausführlichen Angaben gemacht werden können, sagt sie das Nachreichen einer detaillierten Auskunft zu.

Zum Hinweis der Beigeordneten V Frau Bröcker, auf die Erforderlichkeit, den Focus auf die Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen unter 25 Jahren zu legen, nimmt Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, Bezug auf den hierzu bestehenden Rechtsanspruch und hinterfragt die bestehenden Möglichkeiten der Gesellschaften, diesen Rechtsanspruch zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund der Situation, dass 50 % der arbeitslosen Jugendlichen keine Berufsausbildung haben und davon 20 % auch keinen Schulabschluss, verweist Frau Bröcker auf die Notwendigkeit Maßnahmen zu finden, die im Anschluss an eine Ausbildung oder Qualifizierung eine bessere Integration dieser Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Hierzu sind die beiden Gesellschaften gefordert, ihre Konzepte entsprechend auszurichten. Ebenso stellt sich als problematisch dar, dass seitens der Jugendlichen oftmals ein Wechsel z.B. der Maßnahmen oder zwischen den Trägern stattfindet. Um dies zu unterbinden, ist eine Prüfung und Kontrolle seitens der Fallmanager erforderlich.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die gute Arbeit des paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich dafür aus, zur Durchsetzung dieses Rechtsanspruches Jugendliche, die noch nicht in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten, nicht aus den Maßnahmen der Ausbildung und Qualifizierung zu entlassen, bis dieses Problem gelöst werden konnte.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne, verweist darauf, dass keine Handhabe besteht, die betroffenen Jugendlichen zu einer Ausbildung oder Qualifizierung zu zwingen. Er sieht die Problematik darin, dass noch zuviele dieser Jugendlichen offensichtlich mit den staatlichen Zuwendungen auskommen, ohne die Vorteile einer qualifizierten Ausbildung zu nutzen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass bei der hohen Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren die Stadt nicht in der Lage ist, ausreichende Ausbildungen anzubieten. Er führt aus, dass sich angesichts der realen Größenordnung der Arbeitssuchenden hier einer gigantischen Aufgabe zu widmen ist, um eine Lösung zu finden. Ebenso sieht er die Gefahr, dass angesichts der stetig steigenden Anzahl von Bedarfsgemeinschaften und deren Ansprüche, die finanziellen Belastungen in den kommenden Jahren nicht mehr getragen werden können und ist der Auffassung, dass diese Problematik in der Öffentlichkeit nicht klar genug dargestellt wird.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, legt seine Auffassung zur Frage von Sanktionen dar spricht sich für eine künftige Zusammenlegung beider Gesellschaften aus.

In Beantwortung seiner Nachfrage zur Durchsetzung möglicher Sanktionen verweist die Beigeordnete V Frau Bröcker auf die gesetzlichen Regelungen hierzu bei ALG II-Empfängern und die Möglichkeit der Kündigung bzw. arbeitsrechtlichen Maßnahmen im Rahmen von Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen. Um möglichen Sanktionen vorbeugen zu können, bezeichnet sie es jedoch als Herausforderung an die Ausbildungsbetriebe, die Ursachen für einen Ausbildungsabbruch herauszufinden. Ebenso sieht sie eine Aufgabe der Träger darin, sich Maßnahmen zu überlegen, um die Lern- und Ausbildungsbereitschaft zu fördern.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, informiert über eine ihm bekannte Problematik und hinterfragt Maßnahmen speziell zur Integration junger Migranten. Er bittet darum, die geschilderte Problematik prüfen zu lassen und ihn über das Ergebnis zu informieren.

Abschließend zieht der Oberbürgermeister das Fazit, dass dieser Thematik auch zukünftig großes Augenmerk zu widmen ist und bittet, ihm bzw. der Beigeordneten V mögliche kreative Ideen, die zu einer Lösungsfindung beitragen können, mitzuteilen. Er informiert, dass zu dieser Thematik ein interner Workshop stattfinden wird, über dessen Ergebnis die Fraktionen informiert werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.2. Haushalt 2006 - Gegenüberstellung der Veränderungen im Stellenplan  
Vorlage: I0063/06

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz sowie der Leiter des Fachbereiches 01 Herr Borchers teil.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt die Information als Nachtrag zum Haushalt 2006 ein.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die in der Gegenüberstellung aufgeführte Maßnahme 32 (Streichung lfd. Schwimmmeister) und hinterfragt die weitere Absicherung der Aufgaben.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass die Absicherung über Saisonkräfte erfolgt.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob auf Grund der vorgelegten Stellenplanänderungen eine Änderung zur Haushaltssatzung 2006 erforderlich ist verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die aufgeführten Veränderungen bereits in der Haushaltssatzung enthalten sind. Die vorliegende Gegenüberstellung dient lediglich der besseren Information der Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

---

7.1. Erweiterte Ladenöffnungszeiten im Allee-Center am 01. 04. 2006 bis 24.00 Uhr

Hinsichtlich des seitens der Gewerkschaft Ver.di eingelegten Beschwerde gegen die Sonderöffnungszeiten des Allee-Centers im Rahmen eines VIP-Shoppings informiert der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz, dass diese Veranstaltung außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten durchgeführt wird. Wenn für die Veranstaltung persönliche Einladungen ausgesprochen werden und der Einlass kontrolliert wird, ist hierzu kein Einwand erforderlich. Da hier das Verfahren der Einladung ausschlaggebend ist wurde der Center-Manager des Allee-Centers auf die Rechtslage hingewiesen und darüber informiert, dass seitens der Stadt hierzu entsprechende Kontrollen vorgenommen werden.

Am heutigen Tage wurde von einem Mitbewerber im Breiten Weg ein Antrag zur gerichtlichen Unterbindung des VIP-Shoppings gestellt. Dieser wurde jedoch seitens des Verwaltungsgerichtes zurückgewiesen, nachdem das Gericht die Information des Center-Managers erhalten hatte, dass hierfür persönliche Einladungen ausgesprochen wurden. Möglich wäre jetzt noch eine Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht, aber hierfür wird keine hohe Wahrscheinlichkeit gesehen.

## 7.2. Aktuelle Hochwassersituation

Der Beigeordnete I Herr Platz informiert, dass auf Grund der bestehenden Situation am 01. 04. 2006 die Hochwasserwarnstufe 3 ausgerufen wird. Bisher besteht noch keine endgültige Klarheit, zu welchem Zeitpunkt der Hochwasserscheitel die Stadt Magdeburg passieren wird. Gemäß entsprechender Prognosen wird dieser jedoch voraussichtlich ca. 50 cm unter der Hochwassermarken des Jahres 2002 liegen. Die gesamten Maßnahmen des Hochwasserstabes sind bereits angelaufen. Bundeswehr, THW und Feuerwehr wurden bereits in Alarmbereitschaft versetzt und entsprechend eingewiesen. Die Bereitstellung erforderlicher Sandsäcke kann kurzfristig erfolgen. Die Stadt Magdeburg bereitet sich auf alle Eventualitäten vor.

Im Zusammenhang mit dem Hinweis des Beigeordneten I, dass die Hochwasserstudie in der nächsten Woche vorliegen wird, unterbreitet Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich des weiteren Verfahrens zum Bewuchs im Bereich der Alten Elbe den Vorschlag, hier eine Vor-Ort-Begehung durchzuführen.

Der Beigeordnete I legt dar, dass den Bürgern eine entsprechende Zwischeninformation vorgelegt wird und schlägt vor, dass Experten des Landesbetriebes für Hochwasserschutz im Rahmen einer Ausschusssitzung über den Sachstand informieren.

Hinsichtlich der Kritik der CDU-Fraktion am langen Zeitraum bis zur Vorlage der Studie verweist der Oberbürgermeister auf die Verantwortlichkeit des Landes Sachsen-Anhalt/Landesamt für Hochwasserschutz für die Erarbeitung dieser Studie.

Ergänzend informiert der Beigeordnete I, dass nachweislich seitens der Stadt mehrfach bei der Landesregierung hinsichtlich des Zeitraums zur Studiererstellung interveniert wurde.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Behne  
Schriftführerin

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Hubert Salzborn

**Abwesend**

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Wigbert Schwenke

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Michael Stage